

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863**

22.8.1863 (No. 197)



# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 22. August.

N. 197.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkaufspreis: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

## Telegramme.

Frankfurt, 21. Aug., Mittags. Der König von Sachsen ist heute Vormittag von Baden zurückgekehrt. Die „N. Frkf. Ztg.“ erfährt die Antwort des Königs von Preußen sei ablehnend; doch überbringe der König von Sachsen das Versprechen desselben: Preußen werde sich von einer weiteren Verhandlung über das Reformprojekt — wahrscheinlich in Dresden — auf zusammentretenden Ministerkonferenzen nicht ausschließen.

Wien, 21. Aug. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat der König von Preußen auf die von dem König von Sachsen übermittelte Kollektiv Einladung ablehnend geantwortet, und zwar aus den von Gastein nach Wien gemeldeten Gründen.

## Deutschland.

Karlsruhe, 20. Aug. Ihre Maj. die verwitwete Königin Elisabeth von Preußen trafen heute Mittag gegen 2 Uhr hier ein, auf der Heimkehr von Wildbad begriffen, woselbst Allerhöchstdieselben die heilkräftigen Quellen gebraucht hatten. Ihre Majestät führen alsbald — von Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Wajsa geleitet — in das Palais Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin Sophie, woselbst Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin Luise bereits von Baden eingetroffen war, um die hohe Frau zu begrüßen. Ihre Majestät hatte die Ihr im groß. Schlosse angebotene Wohnung, sowie jeden feierlichen Empfang dankend abgelehnt, brachte den größten Theil des Tages bei der verwitweten Großherzogin zu, nahm mit hohem Gefolge das Nachtquartier im Hotel zum Englischen Hof, und wird morgen Nachmittags die Weiterreise über Guntershausen nach dem Schloß Sanssouci antreten.

Frankfurt, 20. Aug. Der gestrige Tag war in Bezug auf die Geschäfte der Fürstentagung äußerlich ziemlich still, wenn auch innerlich erwartungsvoll bewegt, da der König von Sachsen Vormittags nach Baden gereist war, um dem König von Preußen die Gesamteinladung der Fürsten zu überbringen. Hoffnungsvoll harrte man des Nachmittags auf eine telegraphische Notiz von dem Erfolg der Mission. Doch umsonst; auch bis jetzt ist, so viel bekannt, keinerlei Nachricht von Baden eingelaufen und eben so wenig ein Gegenbefehl der Anordnungen, welche für die heute Nachmittag erwartete Rückkehr des Königs von Sachsen getroffen sind. — Wir haben unterdessen nachstehend das Einladungsschreiben der deutschen Fürsten an den König von Preußen mitzutheilen. Es lautet:

### „Allerburchlauchtigster Großmächtigster Fürst!

Die auf Einladung Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich zur Verhandlung einer Bundesreform allhier versammelten deutschen Fürsten und Freien Städte haben es schmerzlich empfunden, Ew. Maj. nicht in ihrer Mitte zu sehen.

Nach Kenntnisaufnahme der von Sr. Maj. dem Kaiser uns mitgetheilten Vorschläge haben wir in denselben allseitig eine geeignete Grundlage für unsere Verhandlungen erkannt, deren Resultat wir Ew. Maj. jedenfalls zur Einholung Allerhöchster hunderverfassungsmäßigen Zustimmung vorlegen würden. Wir hegen aber den lebhaftesten Wunsch, daß Ew. Maj., welche berufen sind, in so hervorragender Weise an den Er-

folgen unserer Bemühungen Theil zu haben, auch schon an unsern Beratungen sich betheiligen möchten, damit das große Werk, dessen Nothwendigkeit Ew. Maj. ja selbst anerkannt haben, um so leichter und sicherer zum Ziel geführt werden möge, und wenden uns daher, im Vertrauen auf Allerhöchste ihre bewährten bundesfreundlichen Gesinnungen, an Ew. Maj. mit der dringenden Bitte, daß Allerhöchsthie noch jetzt in unserer Mitte erscheinen möchten.

Der mitunterzeichnete König von Sachsen hat übernommen, Ew. Maj. dieses Schreiben in unser Aller Namen zu überbringen und unsern Wünsche noch mündlich Worte zu leihen.

Empfangen Ew. Maj. den angelegentlichsten Ausdruck unserer bundesstreuen Gesinnungen.  
Frankfurt, 17. Aug. 1863. (Folgt die eigenhändigen Unterschriften aller in der Konferenz anwesenden Bundesfürsten, sowie der Mandatsträger der Freien Städte.)

Frankfurt, 20. Aug. Ueber die gestrige Ausschusssitzung des Abgeordnetentages geht dem „N. Frkf. Kur.“ folgende Mittheilung zu:

Durch die Lage, in welche die deutsche Frage durch die Berufung des Fürstentages gebracht, veranlaßt, war die auf gestern ausgeschriebene Sitzung des Ausschusses des deutschen Abgeordnetentages fast vollständig besetzt. Unter dem Vorsitz des Dr. S. Müller von hier waren versammelt: Häuffer aus Baden, v. Bennigen und Pfand aus Hannover, Deller aus Kurhessen, Hölder und A. Seeger aus Württemberg, Fries aus Weimar, Lang aus Nassau, Barth aus Bayern, Niedweg aus Braunschweig, W. Wiggers aus Mecklenburg, Mey aus Danneberg, Cichorius und Joseph aus Sachsen, Meißner von Bremen, Gatto, Schulze und v. Anshaus aus Preußen. Des Nachmittags nach der Versammlung trafen noch ein: Brater und Böttel aus Bayern, Arbeitshaus aus Kurhessen und Jordan von Weichselheim. Bezüglich der deutschen Frage hat der Ausschuss eine Kommission, bestehend aus Häuffer, Barth, v. Bennigen, Hölder und Schulze, gewählt, welche nach Maßgabe der in der Ausschusssitzung laut gewordenen Ansichten eine Vorlage für die heutige Ausschusssitzung anzubereiten soll. Nach den Äußerungen, welche wir von Mitgliedern des Ausschusses und von den hier anwesenden Abgeordneten vernommen haben, scheint sich die Stimmung dahin zu neigen, daß der von Oesterreich aufgestellte Entwurf einer Reformakte des Deutschen Bundes keineswegs kurz zurückgewiesen, wohl aber, daß darüber die Beschlußfassung durch ein aus unmittelbaren Wahlen, wahrscheinlich nach Maßgabe des Wahlergebnisses für das 1848er Parlament, gewähltes Parlament verlangt, und im voraus eine Bezeichnung der Punkte erfolgt, worin der Entwurf für unannehmbar gefunden wird. Jedoch sind auch abweichende Ansichten von hervorragender Seite geltend gemacht worden, theils dahin, daß auf den Entwurf mit der Wiederholung der Forderung einer einheitlichen Zentralgewalt und eines deutschen Parlaments geantwortet werden müsse, theils daß sich darauf zu beschränken sei, den Entwurf vor ein frei gewähltes Parlament zu referiren, und daß sich der Abgeordnetentag eines Eingehens auf die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs zu enthalten habe.

Nach Äußerungen, welche das „Frankf. Journ.“ von Mitgliedern des Ausschusses und von den hier anwesenden Abgeordneten vernommen hat, werden nach der heutigen Sitzung des Ausschusses fünf Resolutionen vorgeschlagen, welche in ihren Grundzügen dahin lauten sollen:

- 1) Die Anerkennung des Rechts der deutschen Nation durch die Fürsten auf Aenderung der Bundesverfassung wird begrüßt.
- 2) Festhaltung an dem von dem vorjährigen Abgeordnetentag aufgestellten bundesstaatlichen Prinzip.

3) Freie Wahl der Volksvertretung und die Aenderung der Bundesverfassung zu bewirken auf Grundlage der Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1848.

4) Freie Kritik des von den Fürsten vorgelegten Entwurfs.

5) Parität Preußens und Aufnahme seiner nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Gebiete in den Deutschen Bund.

Diese fünf Resolutionen sind der nochmaligen Prüfung einer Subkommission übergeben.

Frankfurt, 21. Aug. Der 15. Ausschuss wird dem Abgeordnetentag in seiner heutigen ersten Sitzung folgende Anträge vorlegen:

I. Der deutsche Abgeordnetentag erblickt in der selbstthätigen Initiative des Kaisers von Oesterreich, zur Annahme einer deutschen Bundesreform, und in der bereitwilligen Theilnahme fast aller Fürsten und der freien Städte Deutschlands an diesem Werke ein erfreuliches Zeugniß der allwärts steigenden Ueberzeugung von der Unzulänglichkeit der bestehenden Bundesformen und von der dringenden Nothwendigkeit ihrer Neugestaltung. Ob er in dieser Thatsache zugleich die Bürgschaft sehen darf, daß das gute Recht des deutschen Volkes auf eine seiner würdigen Verfassung, nach wiederholten unfruchtbaren Verheißungen, endlich zur Erfüllung komme, das wird zunächst von dem weiteren Entgegenkommen der deutschen Fürsten und Regierungen abhängen.

II. Zwar kann der Abgeordnetentag auch jetzt nur von einer bundesstaatlichen Einheit, wie sie in der deutschen Reichsverfassung vom 28. März 1849 ihren rechtlichen Ausdruck gefunden hat, die volle Befriedigung der Bedürfnisse erhoffen, welche die Freiheit wie die Einheit, die Sicherheit wie die Macht der deutschen Nation gebietet; in dessen unter den gegebenen Verhältnissen, zumal den inneren Kriegen und der fortwährenden äußeren Bedrohung gegenüber, ist der Abgeordnetentag nicht in der Lage, zu dem österreichischen Entwurfe, welcher den Staatenbund mit einer engeren kollegialen Exekutive und mit einer Vertretung zu reorganisiren sucht, sich lediglich verneinend zu verhalten.

III. Wohl aber muß er eine Reihe von einzelnen Bestimmungen der „Reformakte“ für höchst bedenklich erachten und vermag insbesondere in der Art und Befugnis der Vertretung, wie sie durch Delegirte der einzelnen Ständeversammlungen zusammengesetzt werden soll, weder die für die Freiheit noch die für die Einheit notwendigen Bürgschaften zu sehen; vielmehr muß er die Bildung einer durch die Nation frei und unmittelbar erwählten Repräsentation als die unerläßliche Vorbedingung jedes Gelingens bezeichnen.

IV. Der deutsche Abgeordnetentag betrachtet ferner die Anerkennung vollständiger Gleichberechtigung der beiden Großmächte im Staatenbunde als ein Gebot der Gerechtigkeit wie der Politik, und hält den Ausschluß der, vor dem Jahr 1848 nicht in den Deutschen Bund aufgenommenen, preussischen Provinzen für unvereinbar mit den Forderungen der festern Einigung und Stärkung deutscher Kraft, auf welche eine jede Reform des Bundes hinwirken muß.

V. Unter allen Umständen liegt sich der deutsche Abgeordnetentag zu der Erklärung gedrungen, daß er von dem einseitigen Vorgehen der deutschen Regierungen eine gebührende Lösung der nationalen Reform nicht zu erwarten vermag, vielmehr die Berufung einer deutschen Nationalversammlung auf Grundlage der Normen, welche die deutsche Bundesversammlung selbst in ihren Beschlüssen vom 30. März und 7. April 1848 aufgestellt hat, und die Zustimmung dieser Nationalversammlung als unumgängliche Ergänzung bezeichnen muß. In der so berufenen Vertretung wird der Wille der gesammten Nation zu seinem berechtigten Ausdruck gelangen; ihr wird es ankommen, den ihr vorzuliegenden Entwurf sowohl im Ganzen als im Einzelnen zu prüfen und die Aenderungen zu erwägen, unter welchen sie ihre Zustimmung geben kann, auf daß nicht aus dem begonnenen Werke, statt

genstand durch Theilnahme in Anspruch genommen, um Ohr und Zunge für eine gleichgiltige Unterhaltung zu haben.

„Eine politische Zusammenkunft!“ sagte ich mir im Stillen, mit einer etwas unbehaglichen Empfindung. Ich konnte mich höherem Dasein nähern, wie mit wohl bekannt, nur empfehlen, wenn ich mich in reiner Neutralität verhielt, und wünschte mir Glück, daß mein Aufenthalt unter Graf Szomony's Dach nur ein kurzer war. Und doch, trotz all' meines Klugeins, konnte ich mich des Mitgeföhls mit den tapfern hochgeachteten Männern und anmuthigen Frauen um mich nicht erwehren, und gedachte seufzend der Festspiele, die seit Jahren und Jahren jede Anstrengung eines so begabten und so — wenn auch nicht ohne mannigfache Selbstschuld — unglücklichen Volksgeschlechtes begleitet hatten.

Nachdem auf den starken Angarweinen der Kaffee gefolgt war, stand Alles vom Tisch auf und begab sich wieder in den Saal, in dem man mich zuerst geführt hatte, und wo eine hübschgedeckte Musikbände ihre Instrumente bereits zu stimmen begonnen hatte. Wie oft ich auch schon von der leidenschaftlichen Vorliebe der Polen für Musik und Tanz gehört hatte, so bekam ich doch erst jetzt einen rechten Begriff davon durch das eifrige Vergnügen, womit jedes Paar zum Tanz antrat, in dessen belebten Bewegungen es, wie vom Zauber der Melodie hingerissen, entfloß. Der Mazurke, die Polka, der wirbelnde Walzer gaben uns Allen hinlängliche angenehme Beschäftigung. Die Scherzen Polens waren, glaube ich, eine Weile vergessen in der leidlichen Anstrengung und Aufregung des Vorgangs, und die glänzenderen Augen, die gedieberten Wangen Derer um mich sagten mir, wie theurer diese Fremde ihren feurigen Naturen war.

(Fortsetzung folgt.)

— In Kiew hat eine Feuerbrunst innerhalb 24 Stunden einen ganzen Stadttheil in Asche gelegt und einen Schaden von einer halben Million Rubel angerichtet.

## \*K. Die verhängnisvolle Musikrolle.

(Fortsetzung aus Nr. 194.)

Man führte mich in einen Saal, dessen Aus schmückung ein recht kostbar gewesen sein muß. Allein die Spiegel waren verblüdet und gesprungen, die Marmorplatten abgestoßen, die Vergoldung verblühen und an den, hübsch im Rococo-Stil geschnitten, Karniesen hingen Spinnweben. Die Möblirung war, nach dem gewöhnlichen europäischen Maßstab, lächerlich dürftig; Alles aber zeugte von Verfall; vor einem Jahr-Möblich oder Neunzig aber war augenscheinlich das Schloß ein prächtvoller Wohnsitz gewesen.

An Gästen war kein Mangel. Der große Raum war mit Gesellschaft angefüllt, und fast Jedes der Anwesenden zeichnete sich durch Schönheit der Züge und eine zugleich geschmeidige und feurige Haltung aus, die stark gegen die gewöhnlichen Erscheinungen eines Petersburger Salons, seine plattgeschnittenen Männer und bleichgelben Damen abwichen. Die Weisten von denen, die ich sah, trugen die materielle polnische Kleidung mit reicher Stickerei, und der amarantrothe Sammet der Pelze paßte gut zu dem schwarzen Haar und den blassen scharfen Zügen.

Der Graf, viel jünger als seine Schwester, die Fürstin Anna, empfing mich mit vieler Herzlichkeit und stellte mich seinen drei Söhnen und seiner Tochter Rosalie vor. Ich hatte eben noch Zeit zu der stillen Bemerkung, daß die junge Gräfin ein überaus reizendes Mädchen mit einem prächtigen schwarzen Augenpaar sei, von der ihre Tante im Lob nicht zu viel gesagt hatte, als ich der Sorge des Kammerdieners meines Wirths übergeben und eiligst fortgeführt wurde, um zu dem Diner, das beinahe bereit war, Toilette zu machen.

„Wohin bringen Sie mich denn? Das ist ja sonst Jemand's Zimmer?“ nahm ich mir heraus, Gegenvorstellungen zu machen, wie ich mich in ein großes niedriges Gemach geführt fand, das ohne Teppichbelag, aber mit fünf bis sechs Betten versehen war, und worin

Säbel und Pelze, Mäntel, Sattelkramen und Reitzzeug haufenweise herumlagen.

„Verzeihen, hochgeborener Herr!“ sagte der grinsende Diensthabe, mit abtödtender Berührung gegen meine Bemerkung; „bitte tausendmal zu entschuldigen, — es ist Das das Zimmer für die ledigen hochgeborenen Herren.“

Und zu meiner Ueberraschung fand ich, daß die Einrichtungen eines polnischen Hauspals in Mäandern denen der türkischen Nachbarn nachgebildet sind und daß das „Selamlik“ oder Männergemach eine alt-ehrwürdige sarmatische Institution ist. Ich hatte indessen wenig Zeit zum Nachdenken, sondern leitete mich eilig um und kam eben noch in den Gesellschaftssaal, ehe das Horn zur Tafel blies.

Während der langen und reichlich besetzten, aber schlecht bedienten, Mahlzeit fehlte es an Gespräch nicht; die Unterhaltung wurde aber meist polnisch oder in dem Umgangssprache geführt, welches die gebornen Polen und Ungarn — oder die höchsten Stände derselben — so geläufig wie ihre Muttersprache erden. Das Gespräch schloß aber — nach den Tönen der Nebenden zu urtheilen — eher traurigen als heitern Inhalts, und aus dem beständigen Wiederkehren der Worte „Warschau“ und „Moskow“ nahm ich ab, daß der Belagerungsstand viel verhandelt ward. Ich sah unverkennbare Zeichen der Gesichtsregung, zuckende Rippen, von Born oder Berührung fühlende Äuglein, und hörte mehr als eine sanfte Stimme mit Beben, aber nicht der Furcht, den tiefgehaften Namen des russischen Gewalttherrschers auszusprechen.

So oft ich, entweder Französisch oder Deutsch, das Wort nahm, wurde mir höflich erwidert, auch rebeten mich der Graf selbst und Einer der Söhne häufig an; doch aber hatte ich ein Gefühl, daß unter der Tischgesellschaft ein besonders heimliches Verhältniß bestiehe, wovon ich ausgeschlossen war. Alle waren freundlich und gesprächig, aber ich war keiner der Ihrigen, und ein Jeder zu tief von Einem Ge-



einer Erhebung und Kräftigung zum nationalen Leben, eine Schädigung der schon erworbenen Rechte und Freiheiten erwache.

Außerdem wurden noch folgende Anträge eingebracht:  
Antrag von Benedey: Im §. 4 der Satzungen, lautend: „Die päpstliche Kommission besteht aus 40 Mitgliedern, von denen 20 durch die Versammlung gewählt, die übrigen 20 durch die Gewählten kooptirt werden. Sie wird für die Zeit von einer ordentlichen Versammlung bis zum Schluß der nächsten bestellt. Bei der Wahl und Kooptation ist darauf zu sehen, daß die verschiedenen Staaten in der Kommission möglichst vertreten sind. Zu diesem Zweck werden Vorschläge von den Mitgliedern der verschiedenen Staaten übergeben und daraus eine Kandidatenliste gebildet.“ — mögen die Schlusssätze: „und daraus eine Kandidatenliste gebildet“ dahin abgeändert werden: „welche Vorschläge die Kandidatenliste bilden“.

Antrag von Köhler: „Besetzung eines Ausschusses zur Beratung der Mittel und Wege zur Beschaffung einer möglichst billigen Volksliteratur, welche geeignet ist, den religiösen, den wissenschaftlichen und gewerblichen, und den politischen Fortschritt zu fördern.“

Antrag von Kleber: Die Versammlung der deutschen Abgeordneten wolle beschließen: „Es sei mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die deutsche Reichsverfassung, welche 1848 und 1849 von der gesetzlich berufenen, verfassunggebenden Nationalversammlung beraten, beschlossen und verkündet wurde, alsbaldigst in's Leben trete; daß insbesondere durch eine nach dem Reichswahlgesetz alsbaldigst zu berufende Reichsversammlung im Verein mit den Regierungen eine zeitgemäße Ausfüllung der in der Reichsverfassung bestehenden Lücken, eine Vornahme etwa notwendiger Abänderungen, sowie auch die angemessene Berücksichtigung aller etwaigen einseitigen Regierungsbefehle in der deutschen Verfassungssache auf diesem allein rechtsgültigen Wege zur endgültigen Beschlußfassung gebracht werden; daß endlich, falls die Schwierigkeiten einer alsbaldigen Zusammenberufung der Reichsversammlung auf leichteren Wegen nicht zu beseitigen wären, ein allgemeines nationales Vorparlament zusammentrete, um zu beraten, auf welchen Wegen die Schwierigkeiten zu beseitigen sein möchten, welche sich dem endlichen Eintritt der Nation in ihre heiligen Rechte und in eine würdige Stellung unter den Völkern der Welt entgegenstemmen.“

**Berlin, 19. Aug.** Wie von offiziöser Seite berichtet wird, ist der Gesundheitszustand des Königs nach den Bädereisen in Karlsbad und Gastein ein höchst erfreulicher. Am 29. Aug. gedent Se. Majestät von Baden-Baden nach Berlin zurückzukehren.

Der Magistrat der Stadt hat an die Söhne des verstorbenen Prinzen Friedrich, Georg und Alexander, Beileidschreiben gerichtet. Der Letztergenannte antwortete aus La Baraz bei Bevey:

Empfangen Sie für das unter dem 31. v. M. an mich gerichtete Schreiben bei Gelegenheit des Ablebens meines in Gott ruhenden hochseligen Vaters meinen aufrichtigen Dank. Die in demselben ausgesprochenen Gefinnungen und das Erkenntnis und Bekenntnis dessen, was der Hochselige dem Vaterlande gewesen ist, thaten meinem Herzen besonders wohl, auch wenn dasselbe nicht überall den Anklang fand, den es erwarten zu dürfen berechtigt schien. Mein hochseliger Vater suchte eine Ehre darin, Ehre zu geben, dem Ehre gebührt! Von solchen, denen dies eble Gefühl ein unbekanntes, hat er auch im Leben nie die Erweisung der letzten Ehre nach dem Tode erwartet u. gez. Alexander, Prinz von Preußen.

**Berlin, 19. Aug.** (W. L. V.) Hiesige Bankhäuser erhielten aus Königsberg ein Telegramm, nach welchem die Petersburger Bank die Zahlungen in Imperialen suspendirt hätte.

**Berlin, 20. Aug.** Die Berliner Blätter urtheilen mit geringer Ausnahme sehr negativ über die österreichische Bundesreform-Akte, und die preussischen Blätter meist ebenso. Voran geht das Organ des Hrn. v. Bismarck, die „Nordd. Allg. Ztg.“, die nicht Anstand nimmt, in dem Vorgehen der deutschen Fürsten eine „Popularitätsdemonstration“ zu finden, an das Beispiel Ludwig Capets zu erinnern und über die faul. Vorlage zu sagen: „Man ist noch immer versucht zu glauben, daß irgend ein Spatzvogel sich erlaubt habe, den Namen der österreichischen Staatsmänner zu einem Scherz zu mißbrauchen.“ Besonders unangenehm ist dem offiziösen Organ die Idee des Direktoriums. Es bemerkt:

Eine Koalition von Oesterreich, Bayern, Württemberg, Baden und dem Großherzogthum Hessen würde also über die deutschen Bundeskräfte im Innern wie im Aeußern, über Krieg oder Frieden, kurz über das gesamte Schicksal Deutschlands entscheiden, und zwar nach diesem offenbar neuen, in Wien erfundenen Gesetz der Minoritätsherrschaft, womit das deutsche Volk beglückt werden soll. Es würden also die Fürsten, die über einen Länderkomplex mit 16 1/2 Millionen Einwohner herrschen, durch diese Bundesreform zur Souveränität über 43 Millionen Deutsche berufen werden. Preußen würde fortan nur noch dazu da sein, einer solchen Koalition zu gehorchen, derselben keine Arme und die Steuerkräfte seiner Bürger zur Disposition zu stellen. Man muß in Wien seltsame Begriffe von dem deutschen Volke und den deutschen Regierungen haben, wenn man wirklich einen Augenblick glauben konnte, daß dieselben einem derartigen Vorschlag ihre Zustimmung geben könnten, welcher einer Mediatisirung der Fürsten gleichkommt und dem deutschen Volke als Symbol der Einheit und Freiheit den österreichischen Straßkorb bietet. Denn auch die „Aufrechterhaltung des inneren Friedens“ soll ja diesem Direktorium zusprechen. Wahrscheinlich, wir wünschen um Oesterreichs willen, daß das deutsche Volk den Spott verwinden möge, den man ihm von Wien aus in's Gesicht wirft; und wir wünschen, daß man im Königsschloße zu Berlin die Absicht, welche den Streich geführt, über der Harmlosigkeit desselben vergesse.

Die „Kreuzzeitung“ begnügt sich vorerst mit einem Worte über Preußens bedrohte Machtstellung:

Nach Dem, was bisher bekannt geworden über die österreichischen Projekte zur Reform der Bundesverfassung, sieht doch so viel schon unzweifelhaft fest, daß es dabei abgesehen ist auf eine Erweiterung der Macht Oesterreichs in Deutschland und über Deutschland. Die Verminderung der Macht Preußens würde daraus schon von selbst folgen; doch ist in dem Projekt noch Alerlei zu finden, was ganz ausdrücklich eronnen zu sein scheint, um den wohlberechtigten Einfluß unseres engern Vaterlandes abzuschwächen.

Von den liberalen Organen ergeht sich die „Berl. Allg. Ztg.“ in Jubel über das angebliche Fiasco, das Oester-

reich bereits gemacht haben soll. Die „Magdeb. Ztg.“, obgleich vorsichtiger urtheilend und mit dem Vorbehalt der vollständigen Kenntniß, fürchtet doch auch nicht, „daß wir vor der komplizirten Maschinerie des österreichischen Vorschlags unsern Ruf nach einem deutschen Parlament und einer verbesserten Ausgabe der Reichsverfassung werden zurückziehen müssen.“ Die „Nationalzeitung“ enthält sich noch eines abschließenden Urtheils, geht dafür aber mit Zahlen der Stimmenvertheilung für die Delegirtenversammlung zu Werke:

Preußen und Oesterreich zusammen sehen mit mehr als 27 Millionen Einwohnern im Bunde, die übrigen Staaten mit 17 Mill.; dennoch sollen jene nur eben so viele Vertreter haben wie diese. Die Betheiligung ist durchweg willkürlich vorgenommen: da 300 Abgeordnete auf 44,500,000 Einwohner des Bundesgebietes kommen sollen, so würden z. B. auf Kurhessen 5 Abgeordnete fallen; Oesterreich weist ihm 9 zu. Das große, thätige Hamburg soll einen Vertreter haben gleich dem unbedeutenden Biechtenstein, obgleich es die 2fache Bevölkerung hat; thüringische Herzogthümer dagegen, die weit hinter Hamburg an Volkszahl zurückstehen, je 2 Vertreter. Die ganze Veranlagung ist eine verworrene Vermengung zweier Grundzüge, indem bald die Volksmenge bald die Ansprüche der Dynastien scheinen vertreten werden zu sollen, so daß Sachsen auf eine Stufe mit dem um mehr als 400,000 Einwohner ärmeren Württemberg gestellt wird, wahrscheinlich weil sie beide „Mittelsstaaten“ sind. In dieser Art wird sich eine deutsche Volksvertretung nicht einrichten lassen; und wenn für Preußen schon die Ausschließung seines nicht zum Bunde gehörigen Gebietes ein sehr schwieriger Punkt ist, so wird eine ganz willkürliche Herabsetzung der auf sein Bundesgebiet fallenden Abgeordnetenzahl von 92 auf 75 um so mehr unannehmbar genannt werden müssen.

Die „Volkszeitung“ sagt u. A.:  
Das österreichische Reformprojekt ist nicht neu; seine Vorzüge und seine Mängel sind längst erörtert und lassen sich mit wenig Worten in folgender Satz zusammenfassen. Für Deutschland in seiner inneren Organisation verdient dieses Projekt ganz unbedingt den Vorzug vor der alten Bundesverfassung; dahingegen bietet es nach außen hin zur Wahrung Deutschlands so gut wie gar keinen Vortheil. Wenn „Parlament und Zentralgewalt“ die richtigen Forderungen der deutschen Nation sind, so muß man sagen, daß dies Projekt wenigstens ein Stück Parlament, aber gar keine Zentralgewalt bietet. Fünf Direktoren Deutschlands sind nicht besser, als die jetzigen siebzehn Stimmen des engern Bundes, die sich in Wahrheit doch nur auf zwei reduzieren.

Am günstigsten noch von hiesigen Blättern urtheilen die „Spen. Ztg.“ und die „Voss. Ztg.“ Am günstigsten von den preussischen Blättern überhaupt, so weit uns bekannt, die „Köln. Ztg.“ Wir entnehmen ihrer neuesten Nummer folgende bezeichnende Sätze:

Es fragt sich nun, ob wir, die große, die Mehrheit des preussischen Volks umfassende liberale Partei, Ursache haben, die österreichischen Vorschläge eben so unbedingt zu verurtheilen, weil, angeblich, Preußen dadurch zu sehr benachtheiligt werde, in Gefahr komme, durch Oesterreich und seinen Anhang majorisirt zu werden. Diese Gefahr war allerdings vorhanden, so lang der Bundestag ein bloßer Gesandtenkongreß war. Eine Majorisirung Preußens durch einen Auschuß fremder Regierungen uns nicht gefallen zu lassen, darüber waren wir in Preußen einig. Die Sache ändert sich aber, wenn neben den Regierungen das deutsche Volk in Frankfurt tagt. Preußen ist ein rein deutscher Staat. Preußen hat nur deutsche Interessen. Die Interessen Deutschlands fallen mit denen Preußens zusammen. Das ist ja seit fünfzehn Jahren das unerschöpfliche Thema aller liberalen Blätter. Nun gut, so kann für Preußens Interessen ja gar nicht besser gesorgt werden, als durch ein deutsches Parlament. Im deutschen Parlament würden Preußens Interessen die kräftigste Vertretung finden, und ohne Zustimmung dieses Parlaments können in Frankfurt keine wichtigen Beschlüsse gefaßt werden. Damit fällt das ganze Gerede von der Majorisirung Preußens zusammen. Richtiger ist vielleicht der Ausdruck der „Nordd. Allg. Ztg.“: „Mediatisirung der deutschen Fürsten.“ Das war ja auch die Anklage gegen die deutsche Reichsverfassung vom 27. März 1849. Aber wie das deutsche Volk zu einer Verfassung gelangen soll, die einigermaßen seinen Wünschen entspricht, ohne daß das bisherige Recht seiner Theilhaber eine Einschränkung erleide, ist schlechterdings nicht abzusehen. Bereits vernimmt man denn auch schon von einem stillen Widerstand einiger Regierungen gegen Oesterreichs „zu weit gehende“ — man sagt auch wohl „revolutionäre“ — Pläne. Wir werfen noch einmal die Frage auf, ob es für die liberale Partei wohlgeheßen sei, sich dem unbedingten Widerstand der reaktionären Elemente gegen Pläne anzuschließen, die freilich nicht Alles bieten, was die liberale Partei ersehnt, aber weit mehr, als ihr jemals bisher geboten worden ist. Alle Einwendungen, welche von einigen Blättern in blinder Wuth gegen Oesterreichs Vorschläge zur Bundesreform gemacht werden, erkennen wir vielleicht eben so gut, wie sie; wir verstehen aber auch nicht, daß es sich nicht um das schlechteste Mißverhältniß, sondern um das unter den gegenwärtigen Umständen, namentlich bei der jetzigen Lage Preußens, Erreichbare handelt. Und wir sind der einsigen Ansicht, daß sich im Ganzen und Großen viel mehr nicht erreichen lasse. Wir halten deshalb dafür, daß die Vorschläge Oesterreichs nicht unbedingt zurückzuweisen, sondern so viel möglich zu verbessern sind, und zwar auf der Stelle, so lange das Gehen noch glückt u. s. w.

### Schweiz.

**Bern, 20. Aug.** Der „Bund“ bringt folgende Mittheilung aus dem Bundesrath: Die Regierung des Großherzogthums Baden anerkennt der Eidgenossenschaft den Abschluß eines Niederlassungsvertrages, der u. A. den Schweizern absolute Freiheit der Industrie, des Handels und des Grunderwerbes auf badischem Gebiete sichern würde. Die Kantone sind zur Vernehmlassung aufgefordert und das Justiz- und Polizeidepartement mit den weitern Unterhandlungen betraut.

### Frankreich.

**Paris, 20. Aug.** Der „Moniteur“ veröffentlicht heute den Vortrag des Staatsraths Suin und das entsprechende kaiserl. Dekret vom 16. d., wonach in der bekannten Schrift der 7 Bischöfe und in dem Schreiben des Erzbischofs von Tours an den Kultusminister auf „Mißbrauch“ erkannt wird. Uebrigens hatten die 7 verurtheilten Bischöfe es nicht der Mühe werth erachtet, an den Staatsrath irgend eine Denk- oder Bertheidigungsschrift einzuschicken; sie be-

gnügten sich, auf das Schreiben, worin ihnen die Verweisung vor den Staatsrath mitgetheilt wurde, einfach durch ihre Sekretäre den Empfang bestätigen zu lassen. — Heute Morgen war im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten noch keine Anzeige des Herzogs von Montebello von geschickener Uebergabe der Noten der drei Mächte an den Fürsten Gortschakoff eingetroffen. Einweilen will die „France“ aus St. Petersburg von verschiedener Seite her erfahren haben, daß seit einigen Tagen die allgemeine Ansicht in Rußland zum Frieden neigte, und daß Fürst Gortschakoff entschlossen sei, sich in seinen Antworten auf die neuen Noten der drei Mächte verständlicher zu zeigen. — In Folge eines aus St. Petersburg gekommenen Befehls haben zahlreiche Russen, welche die Universität zu Berlin besuchten, die preussische Hauptstadt verlassen. — Spoz. 67.90. Cred. Mob. 1125.

### Rußland und Polen.

**Krasn, 19. Aug.** (Presse.) Chmielinski hat am 17. bei Biala, nachdem er Verstärkungen an sich gezogen, den Russen ein Treffen geliefert. Das Resultat desselben ist noch nicht bekannt. Der „Gaz.“ erzählt, daß 10 Injuranten nach heftigem Kämpfe in der Gegend von Glatow die Oberhand behalten hätten.

### Großbritannien.

**London, 19. Aug.** Die Londoner Blätter sind bereits anständig voll von Korrespondenzen aus Frankfurt. In politischer Beziehung sind diese Briefe meist ein Wiederhall dessen, was in deutschen Zeitungen steht. Nach den Briefen in „Daily News“ und „Telegraph“ hofft die Bevölkerung am Rhein und Main sehr wenig oder nichts von den Beratungen des Fürstentages. Auch durch die Leitartikel der englischen Blätter geht immer noch ein steptischer Ton, so oft sie auf die vorgeschlagene deutsche Bundesreform zu sprechen kommen. Die heutige „Morn. Post“ z. B. bemerkt:

Die österreichischen Vorschläge scheinen sehr auf eine Wiederherstellung des alten deutschen Reichs hinzuwirken. Sie enthalten in der That den Mechanismus des alten kaiserl. Reichstages mit der künstlichen Erziehung des Kaisers durch ein Diöretum. Bemerkenswerth ist das Mißverhältniß zwischen der Seelenzahl der leitenden Staaten und der Abgeordneten-zahl, die ihre Parlamente nach Frankfurt senden sollen. Oesterreich und Preußen sollen, wie es heißt, zusammen die eine Hälfte, die Kleinstaaten die andere Hälfte der Unterhausmitglieder stellen. Nun haben Oesterreich und Preußen, natürlich nur ihre deutschen Lande gerechnet, volle drei Fünftel, wir möchten beinahe sagen zwei Drittel der Bevölkerung Deutschlands. Auf den ersten Blick sieht dies wie eine auffallende Mäßigung von Seiten Oesterreichs aus, aber es ist eine Mäßigung, die auch Preußen auferlegt wäre. Die Wahrheit gefaßt scheint der Vorschlag so eronnen, daß jene Macht, die sich den größten Einfluß bei den Kleinstaaten versprechen darf, vermittelst derselben den Bund regieren würde. Wie die Dinge jetzt stehen, ist diese Macht — dies braucht kaum einer Bemerkung — Oesterreich. Den Vorschlag, ein allgemeines Heimathsrecht einzuführen, können wir nur mit Weisheit begrüßen. Aber wenn wir zum Vorschlag eines allgemeinen Freigeleges kommen, so erblicken wir einen Eingriff in die Landesrechte souveräner Staaten, den eine starke und eiserstichtige Macht wie Preußen gewiß nicht ertragen würde. Natürlich, wenn ein allgemeines Freigeleg durchgehen und praktisch durchgeführt werden könnte, so wäre dies, obgleich eine Verletzung der souveränen Rechte einzelner Staaten, sehr erfreulich. Aber, wenn der jetzige König von Preußen einer preussischen Gesetzgebung nicht nachgeben will, so zweifeln wir sehr, ob irgend ein preussischer König darin willigen würde, seine heimische oder innere Souveränität unter die Aufsicht einer allgemeinen deutschen Gesetzgebung zu stellen. Und wir erlauben uns einigen Zweifel daran, ob selbst ein Kaiser von Oesterreich in diese Unterordnung willigen würde, wenn der Mechanismus der vorgeschlagenen Bundesverfassung ihn nicht eine solche Schabloschaltung in Gestalt des deutschen Supremats verträglich.

### Amerika.

**New-York, 7. Aug.** Die bereits erwähnte Proklamation des Präsidenten Lincoln lautet wirklich:

Exekutivgebäude, Washington, 30. Juli.  
Es ist die Pflicht jeder Regierung, ihre Bürger zu beschützen, ohne Unterschied der Klasse, Hautfarbe oder Lage, und namentlich diejenigen, welche ordnungsmäßig als Soldaten im öffentlichen Dienste organisiert sind. Das Völkerecht und die Gebräuche und Sitten des Krieges, wie er von zivilisirten Mächten geführt wird, gestatten keinen Unterschied hinsichtlich der Hautfarbe in der Behandlung von Kriegsgefangenen als öffentliche Feinde. Wenn eine gefangene Person wegen ihrer Hautfarbe und ohne daß sie sich gegen die Kriegsgesetze vergangen hat, verkauft oder zum Sklaven gemacht wird, so ist dies ein Mißfall in die Barbarei und ein Verbrechen gegen die Zivilisation des Jahrhunderts. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird allen ihren Soldaten denselben Schutz versetzen, und wenn der Feind irgend Einen wegen der Hautfarbe verkauft oder zum Sklaven macht, so soll dieses Verbrechen durch Repressalien an den in unsern Händen befindlichen feindlichen Gefangenen bestraft werden. Es wird deshalb verfügt, daß für jeden Soldaten der Vereinigten Staaten, welcher den Kriegsgesetzen zuwider getödtet wird, ein Rebellenknecht hingerichtet werden soll, und für jeden Soldaten der Vereinigten Staaten, der vom Feinde zum Sklaven gemacht oder in die Sklaverei verkauft wird, ein Rebellenknecht zu harter Arbeit an den öffentlichen Werken so lange angehalten werden soll, bis der andere freigelassen wird und die einem Kriegsgefangenen schulbige Behandlung erfährt. Abraham Lincoln.

Wenn man dem Präsidenten des Südbundes glauben soll, so hat die Geschichte nie die Schandthaten solcher schrecklichen Scheusale zu verzeichnen gehabt, wie die der Armee und der Regierung des Nordens. Wir geben aus der Adresse des Jefferson Davis an die Armee des Südbundes eine bezeichnende Stelle, wo er den nordstaatlichen Kannibalen südstaatliche Gerechtigkeit widerfahren läßt:

Nach zwei langen Kriegsjahren bedarf der Feind in einem Kampfe, in welchem und der schließliche Triumpף sicher sein muß. Ueber die Waffen aufgebläht von einigen jüngst errungenen Erfolgen, bildet er sich ein, vorübergehende Widerwärtigkeiten seien im Stande, seinen Wuth zu dämpfen oder Gure Entschlossenheit zu erschüttern, und rafft nun große Massen zusammen für eine allgemeine Invasion, in der eillen Hoffnung, durch verzweifelte Anstrengungen, seinem Ziele näher



zu kommen. Ihr Witz, was der Feind unter seinem Ziel versteht. Seine bössartige Wuth geht auf nichts Geringeres aus, als Euch, Eure Frauen und Eure Kinder vom Erdboden zu vertilgen, Das, was er nicht rauben kann, zu vernichten, Euer Hab und Gut, Eure Heimath als die Beute des Sieges unter sich zu theilen, eine bisher mit ihrem Loos zufriedene untergeordnete Race, indem er ihr als Preis des Vertrages die Befriedigung der gemeinsten Leidenschaften vorhält, zu versüßeln und einen Sklavenaufstand anzuführen. Im Bewußtsein ihrer Unfähigkeit, durch erlaubte Mittel die Oberhand zu gewinnen, und um nicht aus ihrer Machtstellung herausgeschleudert zu werden, nicht wägend, Frieden zu schließen, weigern sich die jetzt in Washington herrschenden Männer selbst eine Beendigung der unser Zeitalter entehrenden Scheußlichkeiten auch nur in Betracht zu ziehen oder irgend einem Vorschlag, den Krieg nach dem Brauch zivilisierter Nationen zu führen, Gehör zu schenken. Es bleibt Euch nur eine Alternative: entweder Sieg oder Unterjochung und der schrecklichste Ruin Eurer selbst, Eurer Familien und Eurer Landesleute.

Auf den Kernpunkt seiner Proklamation kommend, fährt der Präsident fort:

Der Sieg ist vor Euch, Ihr braucht nur die Hand darnach auszu-  
strecken. Alles, was erforderlich ist, besteht darin, daß Jeder sofort seine Militärpflicht aufnimmt; und ich gewähre hiemit allgemeine Verzeihung und Amnestie allen Offizieren und Mannschaften innerhalb des Südbundes, welche ohne Urlaub abwesend sind und unverzüglich zu ihrer Pflicht zurückkehren; keine Entschuldigung aber wird für einen Verzug von mehr als 20 Tagen nach dieser Bekanntmachung angenommen werden.

Auf den Patriotismus und die militärische Ehre der Männer ansprechend nicht mit voller Sicherheit bauend, beschwört Hr. Davis zum Schluß alle Frauen in den südlichen Staaten, ihren Einfluß zur Unterstützung dieses Aufrufs zu verwenden und Sorge zu tragen, daß Niemand, dem seine Pflicht in's Feld zu ziehen gebiete, zu Hause ein Obdach finde.

### Baden.

\* Karlsruhe, 21. Aug. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist die Nachricht, daß Sr. Hoheit der Herzog von Koburg die nachmalige Einladung an Sr. Maj. den König von Preußen veranlaßt haben soll, welche uns von dem Wagner'schen telegr. Korrespondenzbureau zugesendet worden ist (S. Karlsruh. Ztg. Nr. 194) -- unrichtig.

Karlsruhe, 21. Aug. Unter dem Namen eines Grafen Villa Vicosa ist Sr. Maj. der König von Portugal auf der Reise nach Genua hier eingetroffen und im Gasthaus zum Erdprinzen abgestiegen.

\* Pforzheim, 20. Aug. Mit den ersten Tagen dieser Woche wurde das Schuljahr der hiesigen kombinierten Anstalten: Pädagogium und höhere Bürgerschule, geschlossen. Aus dem mitgetheilten Programm heben wir hervor, daß die beiden vereinigten Anstalten im verflochtenen Schuljahre von 213 Schülern besucht wurden, worunter 172 Protestanten, 34 Katholiken und 7 Israeliten waren. Das Vorwort des Programms berührt zu oft wiederholten Malen den Uebelstand, daß mit der auf Ostern erfolgenden Konfirmation gar viele Eltern ihre Söhne der Schule entziehen, obgleich sie einen ganzen Unterrichtskurs noch nicht durchlaufen haben. Dies war im letzten Schuljahre wieder in dem Grade der Fall, daß die oberste Abtheilung der höheren Bürgerschule seit Ostern gar keinen Schüler mehr hatte. Wir bebauern diesen Umstand mit der Direktion der kombinierten Anstalten sehr, und wünschen, daß alle Eltern doch einsehen möchten, daß nur eine gründliche Bildung es ist, welche die Grundlage des Glückes und guten Fortkommens ihrer Kinder bildet.

\* Pforzheim, 19. Aug. Nachdem die Wahl des Hrn. Obergerichtsadvokaten Engelhardt zum Bürgermeister unserer Stadt die Negierungsbefähigung erhalten hat und auch dessen Bitte wegen fernerer theilweisen Ausübung der Anwaltschaft genehmigt worden ist, hat derselbe gestern seinen neuen Dienst übernommen, was durch Wöllersalven der Gemeinde verflüchtet ward.

Die vielbesprochene Angeltrennung von Unterwiesheim, welche bekanntlich sogar zu unruhigen Ausritten und strengen polizeilichen Maßregeln in diesem Orte führte, hat nunmehr von Seiten der Gerichte dahin ihre Erlebigung gefunden, daß die gegen den Bürgermeister aufgetretenen Beschwerdenführer und Anzeiger durch hochgerichtliches, vom Oberbischöflichen Urtheile wegen Ehrenkränkung des Bürgermeisters zu mehr oder minder bedeutenden Gefängnisstrafen verurtheilt worden sind.

Der neue Geistliche der hiesigen katholischen Stadtpfarrei, Hr. Stefan Schuch, wurde bei seinem Aufzuge sehr feierlich und freudig empfangen, denn der ausgezeichnete Ruf, welchen er sich in Pforzheim erworben, hatte ihm schon im voraus darüber viele Freunde gewonnen, die sich gern der angenehmen Hoffnung hingeben, daß seine Wirksamkeit für wahre Religiosität, Moral und echt christliche Duldsamkeit dabei eine eben so segnete sein möge, wie sie es in Pforzheim war.

\* Heidelberg, 20. Aug. Vor mehreren Tagen wurde der erste Jahresbericht über die Augenheilanstalt des Dr. Knapp dahier veröffentlicht. Daß sowohl der Universität, als auch unserm Lande eine solche Anstalt fehle, geht klar aus der statistischen Darstellung hervor. Es wurden 1945 Augenranke in der Anstalt behandelt, davon 1064 klinisch im Beisein von Studenten und Ärzten. Diese erhielten Behandlung und Arznei kostenfrei. 276 wurden im Hause verpflegt, wovon ungefähr 3/4 arm oder minderermögend waren und deshalb entweder ganz oder theilweise unentgeltlich aufgenommen wurden. Die Mittel dazu sind auf Anregung verschiedener Komitees durch freiwillige Beiträge geschaffen worden. Wir nennen darunter 500 fl. von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Baden, 1507 fl. von Mannheim, 1087 fl. von Heidelberg, 870 fl. von Karlsruhe, 52 fl. von Neckargemünd, 61 fl. von Weinheim, 100 fl. von Hrn. v. Rothschild in Frankfurt.

Daß die Wirksamkeit der Anstalt keine vorwiegend lokale war, sondern sich über das ganze Land erstreckte, geht aus der Zusammenstellung des Wohnortes der Patienten hervor. Von den 1064 klinischen Patienten waren 132 aus der Stadt Heidelberg, 292 aus dem übrigen Amtsbezirk Heidelberg, 423 aus dem Unterhainkreis, 59 aus dem Mittelhainkreis, 9 aus dem Oberhainkreis, 4 aus dem Seckreis, 57 aus der bayrischen Pfalz, 30 aus Hessen, 18 aus Württemberg, und 40 aus dem übrigen Ausland. Von den 276 im Hause Verpflegten waren nur 8 Heidelberger.

Die Augenheilanstalt hat in neuerer Zeit eine große Wichtigkeit erlangt und macht gegenwärtig einen bedeutenden Theil des Kernmaterials des hiesigen Krankenhauses aus. Deshalb wurde auch von so vielen Seiten die Errichtung einer solchen Anstalt gerade in unserer Universitätsstadt mit Freuden begrüßt und mit so namhaften Opfern unterstützt.

\* Mannheim, 18. Aug. Der hiesige Hilfsverein für das Weisenberg-Denkmal hat einstimmig den Beschluß gefaßt, der Ansicht

des Konstanzer Hauptvereins, wonach die gesammelte Summe zur Einrichtung eines Weisenberg-Pantheons zu verwenden wäre, Folge zu geben.

Unter den jüngst hier erschienenen oder erschienenen Schriften hebe ich Ihnen zunächst die Besilage zum hiesigen Lyceum v. r. o. g. r. a. m. hervor, in welcher Prof. Waag „Ostian und die Hingalage“ in anziehender fasslicher Weise behandelt und die Einzelsforschungen einer reichen Literatur mit dem Ergebnisse zum Gemeingut Aller macht, daß Macpherson seine eigene Dichtung dem Publikum als alttestamentliche aufgeführt und später bei entstandenen Zweifeln nicht den Wuth gehabt habe, dieses einzugehen. Dem übrigen Programm entnehmen wir folgende Notizen: Das Lyceum hatte während des verflochtenen Schuljahres 251 Schüler, darunter 151 aus Mannheim, 63 aus den übrigen Landes- theilen Badens, und 37 Ausländer. Darunter waren Protestanten 138, Katholiken 88, Israeliten 30. Im Personal von 20 Lehrern war die Lehrstelle der Mathematik und Physik von Prof. Rapp an Lehramts- Praktikanten Eröffe, die des katholischen Religionsunterrichts an Spital- pfarrer Kerber übergegangen und ein neuer freiwilliger Lehrer — Lehramts-Praktikant Bühler — gewonnen worden. Auch der Turnunterricht hat einen neuen Lehrer, Hrn. Brehm, und der Turnplatz wesentliche Verbesserungen und neue Einrichtungen erhalten.

\* Baden, 21. Aug. Nachdem vorgestern Sr. Maj. der König von Sachsen hier eingetroffen war, traf am gleichen Tage Sr. Maj. der König von Preußen, von Wildbad kommend, ein. In der Begleitung der beiden Monarchen befanden sich deren Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. v. Betti und Hr. v. Bismarck. Beide Könige hatten gestern Vormittag eine Unterredung, welche von 10 bis 12 Uhr dauerte. Ueber das Ergebnis derselben geben verschiedene Gerüchte, die wir, weil sie nicht beglaubigt sind, unberührt lassen. Der Abend vereinigte beide Könige beim Mahle. Heute kehrte der König von Sachsen nach Frankfurt zurück.

\* Baden, 21. Aug. Der gestrige Tag war, trotz des Regens, wegen der Anwesenheit einer so großen Anzahl fürstlicher Gäste einer der bewegtesten und geräuschvollsten der Saison. Bekanntlich verweilen der König von Holland, die Königin von Preußen, die Großherzogin Luise mit ihren durchlauchtigsten Kindern, der Markgraf Max von Baden und die Herzogin von Hamilton schon längere Zeit hier. Vorgestern trafen nun noch nach einander der König von Sachsen, der König von Preußen und der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin von Sachsen ein. Die üblichen Besuche und Gegenbesuche, die Fahrten zu Tafel, Thee und Frühstück, und dazu die zahlreichen übrigen Wagen aller Gattungen, die den ganzen Tag unaufhörlich durch die Straßen rollten, stellten das Leben und Treiben einer großen Hauptstadt auf dem kleinen Raum unserer Bäderstadt vollkommen dar. Unter den zahlreichen fremden Gästen, die in den letzten Tagen theilweise im Gefolge der Souveräne angekommen sind, bemerkt man u. A. den General v. Engel, den f. preussischen Gesandten in Paris, Grafen v. d. Goltz, den Hofmarschall Grafen Büchler, den Baron v. Herzberg, Adjutant des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, den Prinzen von Sayn-Wittgenstein &c.

Freiburg, 19. Aug. Das „Erzbisch. Anzeigbl.“ enthält folgenden Erlaß des erzbischöflichen Ordinarius an die Kuratgeistlichkeit der Erzbischöfe:

„Da die Fürsten Deutschlands in Frankfurt tagen werden, so wollen wir in dieser hochwichtigen Zeit zu Gott rufen, daß Er über dieselben herabende von seinen heiligen Sinnen und von dem Throne seiner Herrlichkeit Seine Weisheit, daß sie bei Ihnen sei und mit Ihnen arbeite, damit Sie erkennen, was Gott wohlgefallen ist.“ Wir verordnen daher, daß von nun an bis einschließend des Festes Kreuzerhöhung an den Sonn- und Feiertagen in dem allgemeinen Gebete nach der Stelle: „Erlauchte auch und stärke in allem Guten geistliche und weltliche Vorsteher und Regenten“ u. s. w. die Worte eingeschaltet werden: „Erlauchte mit dem Lichte Deines heiligen Geistes die Fürsten unseres Vaterlandes Deutschland, damit sie rathschlagen und beschließen, was nach Deinen Geboten recht ist.“ Dir wohlgefallen, und zum Glück und Segen unseres ganzen deutschen Vaterlandes führen wir.“

Freiburg, 20. Aug. (Oberh. Kur.) Zu den vielfach hier bestehenden Gesellschaften und Vereinen soll eine neue, eine „Gesellschaft für öffentliche Interessen“, kommen. Die Einladung zum Beitritt, ausgehend von den Hrn. Bürgermeister Fauler, Hofger. Rath Eimer, Prof. v. Mangoldt, Hofger. Advokat Riß und Privatdozent Dr. v. Weich, ist im Umlauf und scheint mehrfachen Anklang zu finden. Der Zweck dieser Vereinigung soll sein: die Verbreitung volkswirtschaftlicher, politischer und historischer Kenntnisse zu befördern, den Sinn für eine lebendige und thätige Theilnahme an den Angelegenheiten des näheren und weiteren Vaterlandes in nationaler und freirechtlicher Richtung zu beleben, und Fragen von allgemeinem und öffentlichem Interesse aufzunehmen und deren Lösung zu befördern.“ Diese Aufgabe ist eine umfangreiche, und irren wir nicht, soll dieser Verein dazu dienen, die liberale Partei hier zu einigen und so einen Theil der allgemeinen Landesvereinigung zu bilden, wie sie bei der letzten Versammlung in Offenburg in Antrag gebracht und zur Ausführung angenommen wurde.

### Vermischte Nachrichten.

— Heidelberg, 20. Aug. (Wannh. Z.) In der ersten Hälfte des Monats August sind in hiesigen Gast- und Privathäusern zusammen 4837 Fremde angekommen, so daß der ganze bisherige Fremdenverkehr in diesem Sommer 24,907 beträgt. — Unter namhaften Fremden bemerkte man in neuerer Zeit den französischen Romanschrist- steller Alexander Dumas, den kurhessischen Minister v. Eternberg, Fürst Galizin von Rußland u. A. mehr. Das geringste Kontingent für Touristen stellt in diesem Jahre Rußland und Amerika in Folge der dortigen kriegerischen Verhältnisse. Uebrigens ist die Anzahl der sonstigen sich aufhaltenden Fremden so bedeutend, daß schon seit einiger Zeit ein ernstlicher Wohnungsmangel sich fühlbar macht. — Das Projekt, eine neue Straße in der Richtung vom Gasthause zum Pfluge in der westlichen Hauptstraße bis zur Pflanz hin zu bauen, wird daher wiederholt ernstlich besprochen, und könnte um so leichter ausgeführt werden, als sich in jener Stadtgegend noch viele Gärten und unbebaute Plätze befinden. — Die sog. Birnenstraße (von der Klingel'schen Wäschfabrik zum Redar hin angelegt) nimmt einen raschen Fortgang und sind mehrere Gebäude bereits ganz vollendet.

Frankfurt, 20. Aug. (Fr. Z.) Gestern Abend fand im Theater die zu Ehren des Fürstentages vom Senale arrangirte Galavorstellung statt. Sie begann um 8 Uhr. Schon Stunden lang vorher hatten sich Tausende von Menschen auf dem Komödienplatz und den umliegenden Straßen versammelt. Der Kaiser, der König von Bayern, der Herzog von Koburg und der Großherzog von Baden wurden, wie überall, wo sie sich zeigen, mit Akklamation bei der Ansahrt

begrüßt. Verschiedene Fürsten waren schon nach halb 8 Uhr erschienen, hielten sich aber im Hintergrunde der für sie bestimmten Loge im ersten Rang, bis um 8 Uhr der Kaiser in weißer Generaluniform erschien. Nachdem er Platz genommen, folgten ihm die andern Fürsten. Im ersten Rang waren bis auf die drei Geklogten alle Zwischenwände herausgenommen und so ein großer freier Raum hergestellt, in dessen vorderem Theil die Fürsten in einer Reihe, hinter ihnen ihre Adjutanten und nächsten Begleiter saßen. In der Mitte dieser großen Kronloge saß der Kaiser, zu seiner Linken der König von Hannover, zu seiner Rechten der König von Bayern. Weiter links von ihm saßen die Souveräne von Meiningen, Koburg, Altenburg, Nassau, Oldenburg, Neuchâtel, jüngere Linie u. s. w. Weiter rechts bemerkte man den Kronprinzen von Württemberg, die Souveräne von Baden, Weimar, die vier Bürgermeister der Freien Städte u. s. w. Die Sperrreihe nahmen die Senatoren und die Mitglieder des Gesetzgebenden Körpers und 51er-Kollegs ein, das Parterre die Offiziere der hiesigen Garnison. Die Parterrelogen waren den Gesandten am Bundesstag, ihren Damen und den hohen Militärbehörden reservirt, der zweite Rang den Konsuln und ihren Damen, den Frauen der Senatoren und dem Gesandtschaftspersonal. Auf der Gallerie befand sich, wie eben unter diesem oder jenem Titel oder durch irgend eine mächtige Protektion so glücklich war, eine Karte erlangt zu haben. Hierunter befanden sich ein großer Theil der ersten Gesellschaft von Frankfurt, die Damen in großer Toilette, aber auch — wir freuen uns, endlich auch davon melden zu können — eine Massenvertretung der deutschen und ausländischen Presse. Man schien endlich Ohren für die von allen Seiten einlaufenden Beschwerden bekommen zu haben und durch doppelte Liberalität die früheren Fehler gut zu machen. Selbst die ersten Mitglieder des Theaters hatte man jedoch von dieser Vorstellung ausgeschlossen. Sämmtliche Herren in den Logen waren in glänzender militärischer oder diplomatischer Uniform, die Brust reich mit Orden bedeckt, die Damen entfalteten eine wahrhaft blendende Pracht in Toiletten und Diamanten. Durch blühenden Glanz und Größe der lehrern zeichneten sich besonders die Gesandte der Fürstin Metternich, Gemahlin des ebenfalls anwesenden österreichischen Gesandten in Paris, und eine in derselben Parterreloge befindliche Dame aus. Der Kaiser war sehr heiter und unterhielt sich in den Zwischenakten und während der Vorstellung eifrig mit seinen Nachbarn, während die Unterhaltung der übrigen Herren unter einander nicht sehr lebhaft war. Im ersten Zwischenakt besuchte der Kaiser einige Damen im ersten Rang. Die Vorstellung („Barbier von Sevilla“), unter Mitwirkung von Adeline Patti und des Hrn. Dr. G. u. z. von Hannover, verlief in abgerundeter und durchaus befriedigender Weise und unter oft wiederholtem Beifall. Doch ließ eine gewisse Zurückhaltung, welche im Hause sichtbar herrschte, den Entschluß aus, welchen der Gesandte der Patti sonst wohl energischer hervorgebracht hätte, nicht recht zum Ausbruch kommen. Zu den meisten Beifallsstenden gab der Kaiser das Signal. Die Vorstellung schloß nach halb elf. — Der Corso findet heute um 6 Uhr unter Mitwirkung mehrerer an den Promenaden aufgestellten Musikkorps statt.

\* Frankfurt, 20. Aug. Heute Mittag 12 Uhr fährt Sr. Maj. der Kaiser nach Schloß Rumpenheim, wo bekanntlich der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz wohnt und 19 Mitglieder des hiesigen Hauses versammelt sind. Sr. Kais. Maj. kehrt schon am frühen Nachmittag hieher zurück.

Von hervorragenden politischen Persönlichkeiten, welche der Fürstentag hierher gezogen hat, ohne daß sie unmittelbar dabei theilhaftig erscheinen, erwähnen wir: die f. l. Gesandten Fürst Richard Metternich von Paris, Graf Apponyi von London, Graf Karnicki von Kassel, Graf Jngelheim von Hannover, den f. preuss. Gesandten Graf Bülow; auch mehrere russische Notabilitäten, wie Graf Cancrin, Fürst Gagarin &c.

Dem „Fr. Z.“ zufolge trifft heute Abend der Erbprinz von Sachsen-Meiningen ein und wird bei seinem Vater im „Rustischen Hof“ absteigen. In demselben Gasthof gibt heute Abend der König von Hannover den hier anwesenden Diplomaten ein Mahl. Auf Samstag Abend haben sämmtliche Fürsten ihr Erscheinen auf einer Solrée bei Hrn. W. v. Bethmann zugesagt. Heute Mittag ist der Kurfürst von Hessen wieder hier eingetroffen; ebenso ist von Kassel die französische Gesandtschaft hier eingetroffen: der Gesandte Chateau-Renard und der Attache Marquis de Fontenay.

Dem „Schwäb. Mkt.“ schreibt man von hier: Die Rede des Kaisers ist an verschiedene Blätter ihrem ganzen Wortlaute nach telegraphirt worden. Die Depesche an die Wiener „Presse“ kostete 145 fl. Bei der Veröffentlichung dieser Rede sollen mehrere sehr energische Stellen weggelassen worden sein, namentlich eine, deren Inhalt ungefähr der sein soll, daß der Kaiser erklärt habe, Oesterreich habe es lange mit einem nun veralteten System versucht, und wenn dasselbe sogar in den mächtigsten Händen zerbrochen sei, so sei nicht zu erwarten, daß es in andern Händen aufrecht erhalten werden könne. — Der Fürstentag dürfte noch bis in die nächste Woche verlängert werden; auf eine längere Dauer desselben will man auch aus dem Umstände einen Schluß ziehen, daß sich mehrere Souveräne ihre Equipagen nachsenden lassen.

— Frankfurt, 20. Aug. (Städt. Ztg.) Der gestrige Tag verlief im Ganzen ruhig, die Fürsten arbeiteten mit ihren Ministern, oder machten Ausflüge in die Umgegend. Um 4 Uhr war kaiserl. Tafel, zu welcher mehrere der hier anwesenden Minister und der hiesige Stadtpfarer Thissen, welcher am Tage vorher eine große politische Rede im Dom gehalten, in welcher er erklärte, daß in Oesterreich wirkliche Glaubensfreiheit herrsche, eingeladen worden waren. Von 6 Uhr an füllten sich die Straßen, welche nach dem Theater führen, mit Menschen, um die Fürsten zur Festvorstellung fahren zu sehen; doch war der Andrang nicht so groß, wie am verflochtenen Montag, Wohl aber harrten Viele während der ganzen Vorstellung auf dem Platze aus, um nur die Fürsten wieder abfahren zu sehen. Senatoren geleiteten dieselben sowohl bei ihrer Ankunft als wiederum bei der Abfahrt.

— Schönbürg, 19. Aug. (D. Ztg.) Heute ist die Nachricht hier eingetroffen, daß Graf Ludewig von Erbach-Schönbürg bei der Rückreise aus dem Bade gestern in Airolo, am Fuße des St. Gotthard, gestorben sei.

\* Maxau, 21. Aug. Rheinwasserwärme: 15 Grad.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

**Großherzogliches Hoftheater.**  
Sonntag 23. Aug. 3. Quartal. 77. Abonnementsvorstellung. **Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg**; große Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.



